

Staffelstabübergabe in Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal

Neues Kapitel, Staffelstabübergabe, Verjüngung, ... – es gäbe einige Worte, die beschreiben, was unsere Mitglieder im LINKEN-Stadtverband Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal auf ihrer Versammlung am 28. Januar in Luckenwalde angestoßen haben. So oder so ist festzuhalten, dass der Sprecher*innenrat neu zusammengesetzt wurde. Zu einem dreiköpfigen Gremium wurden Gabi Pluciniczak, Andreas Herold und Martin Zeiler einstimmig gewählt.

Blick in die Partei

Der Blick der Versammlung richtete sich aber nicht nur ins Parteiinnere, sondern auch auf unsere Außenwirkung als LINKE. So konnte zu unserer Versammlung per Videozuschaltung auch die LINKEN-Landesvorsitzende, Katharina Slanina, begrüßt werden. Sie war im Vorfeld gebeten worden, ihre Eindrücke und Meinung zur von ihr und den anderen LINKEN-Spitzen in Bund und Ländern verfassten *Leipziger Erklärung* darzulegen.

Das Papier, so Slanina, sei zum einen eine Bestandsaufnahme zur Lage nach der Bundestagswahl 2021. Zum anderen sei es ein Ausblick und ein Text, der die LINKEN-Themen darlege. Über deren Gewichtung könne man streiten, auch zeige das Papier (indirekt) unsere offenen Punkte und ungeklärte Fragen seit der Partei(neu)gründung 2007, so unsere Landesvorsitzende. Es würden aber treffend Kernthemen wie Klimapolitik, Daseinsvorsorge und Gerechtigkeit benannt. Aufgabe für uns LINKE sei es nun, das Papier mit Leben zu füllen. Und hier kämen wir LINKEN landauf und landab ins Spiel: auch an uns sei es nämlich, die Politik in Bund und Land zu erklären und Zusammenhänge aufzuzeigen.

In unserer Diskussion an diesem Tag waren wir uns einig, dass wir diese Aufgabe gerne annehmen. Es aber durchaus nicht immer einfach ist, die großen politischen Zusammenhänge zu erklären – und vor allem zu verstehen! Denn nicht selten geht es auch uns doch mittlerweile so, dass

Dinge nicht mehr rationell erfasst und verstanden werden können.

Fazit aus der Diskussion war, dass die Mitglieder mehr merken müssen, was unsere Spitzen in Partei und Parlament machen – und warum. Von der Mehrheit abweichende Meinungen sind in einer pluralen Partei wie der LINKEN willkommen. Sie müssen aber auch als Einzelmeinung verstanden und dürfen nicht überhöht werden. Dass die Medien uns diesen Gefallen nicht (immer) tun werden, ist klar. Umso mehr greift hier die Verantwortung von uns allen: jedes Mitglied ist eben das schon erwähnte Sprachrohr. Und natürlich sind Beschlüsse und selbst unser Parteiprogramm keine Dogmen. Vielmehr muss eine Partei auf aktuelle und gesellschaftliche Ereignisse auch reagieren dürfen. Selbst ein Programm ist Wandlungen unterworfen. Dafür bedarf es jedoch Mehrheiten und nicht nur laute Einzelkämpfer*innen.

Stadtpolitik in Luckenwalde

Ein weiterer Beratungspunkt der Versammlung war die Kommunalpolitik. Hier informierte gewohnt unsere Stadtfraktion über die zurückliegende Zeit. Martin Zeiler als stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Bauernverband im Luckenwalder Stadtparlament wusste über den

jüngsten Sachstand zum Bauprojekt BURG und die Beleuchtung der Luckenwalder Straßen zu berichten. Ebenso gab es von ihm einen Blick auf die aktuelle Haushaltslage bzw. die bevorstehende Haushaltsdiskussion 2023 – und welche Rolle das Luckenwalder Turmfest als Ausgabe-position spielen könnte.

Felix Thier, als Ende letzten Jahres neu gewählter Vorsitzender der Fraktion, ergänzte die Ausführungen. Er verwies auf den Ende 2022 erstellten Flyer der Fraktion mit deren Halbjahresbilanz. Dieser wurde in einer Auflage von 5.000 Stück im Stadtgebiet verteilt und ist auch online zu finden: <https://kurzelinks.de/t2o2>. Ebenso erscheine nun nach jeder Sitzung des Stadtparlamentes der neue Newsletter der Fraktion, *LUK live*. Dieser lässt sich online lesen oder auch bequem per Mail kostenfrei abonnieren:

<https://kurzelinks.de/gnkk>.

Abschließend wurde in der Runde noch Manfred Thier für seine jahrzehntelange Tätigkeit als Stadtverordneter gedankt. Er hatte im Herbst letzten Jahres sein Mandat niedergelegt.

Felix Thier,

Vorsitzender der Stadtfraktion



Der neue Sprecher*innenrat: Martin Zeiler, Gabi Pluciniczak und Andreas Herold, Foto: F. Thier



Jan-Peter Schulz

Thierisch gesehen

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

Ende letzten Jahres fasste unsere Mitgliederversammlung den Beschluss, die Ukraine beim Wiederaufbau zu unterstützen. Unseren Mitgliedern schwebte z. B. die Anschaffung eines Baggers vor. Beauftragt mit der Umsetzung wurde der Kreisvorstand. Nun kostet ein Bagger etwas mehr als nur ein paar Euro. Ganz abgesehen davon, dass das Gerät auch noch irgendwie durch jemanden in das derzeitige Kriegsgebiet geliefert werden müsste. Der Kreisvorstand ruft daher dazu auf, auf ein Spendenkonto einer Hilfsorganisation zu spenden. Hier erscheint uns als Vorstand am ehesten der Wille der Mitgliederversammlung umsetzbar. Die Hilfsorganisation leistet vor Ort konkrete Unterstützung, sie weiß, wo und an was Bedarf besteht. Bezüglich der Kontakte konnten wir auf die Vermittlung durch unsere Landesspitze und Landtagsmitglieder setzen. Wie gespendet werden kann, lesen Sie auf Seite 7.

FELIX THIER

Kreisvorsitzender

VON HELMUT SCHOLZ

Korruptionsskandal im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament (EP) hat bereits unmittelbar nach der Inhaftierung der sozialdemokratischen Europaabgeordneten Eva Kaili wegen Korruption und Bandenkriminalität Konsequenzen gezogen und sie ihres Amtes als Vize-Präsidentin des EP enthoben.

Mit der Neuwahl des Vize-Postens Mitte Januar ist das Thema Korruptionsaffäre durch zahlende Einflussnahme der Regierungen von Katar und von Marokko jedoch nicht erledigt. Für zwei weitere Abgeordnete wurde von der belgischen Justiz ein Antrag auf Aufhebung der Immunität gestellt. Zudem trat die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, Maria Arena, nun zurück. Sie unterhielt enge private Kontakte zu ihrem Vorgänger und Hauptbeschuldigten ex-MdEP Panzeri, ohne dass bislang konkrete Vorwürfe hier bekannt wurden.



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

Die Präsidentin des EP strebt tabularasa hinsichtlich der weiteren Aufarbeitung des Korruptionsskandals, v. a. aber hinsichtlich struktureller Neuregelungen an. Roberta Metsola hat den Fraktionsvorsitzenden einen 14-Punkte-Katalog mit Maßnahmen vorgelegt, die Transparenz weiter fördern und stärken sowie unlautere Einflussnahme auf die Arbeit des EP verhindern sollen. Es ist interessant zu beobachten, dass manche Vorschläge zum

Transparenzregister des EP, die ich bei dessen Einrichtung für DIE LINKE gemacht hatte – und die von der Europäischen Volkspartei immer abgelehnt wurden – nun von der zur EVP gehörenden Präsidentin Metsola selbst eingebracht werden. Künftig sollen nicht mehr nur Berichtersteller*innen und Ausschussvorsitzende ihren legislativen Fußabdruck transparent machen, sondern alle Abgeordneten. Auch die Mitarbeiter*innen der Abgeordneten sowie Beamt*innen des EP und der Fraktionen werden in das Transparenzregister eintragen müssen, mit wem sie Gespräche geführt haben. Botschaften sollen nicht länger ausgenommen sein, Treffen mit Vertreter*innen von Nicht-EU-Staaten müssen ebenfalls transparent gemacht werden. Jede Person, die das Parlament betritt, soll künftig angeben, mit wem sie sich treffen wird. Für mich selbst handhabe ich das übrigens schon lange so.

Aus dem EP ausscheidenden Abgeordneten soll es zwei Jahre lang

verboten sein – oder zumindest so lange, wie sie ihr Übergangsgeld beziehen – als Lobbyist*innen im EP ein- und auszugehen.

Präsidentin Metsola fordert auch, dass Abgeordnete alle ihre sonstigen (Neben)Einkünfte künftig detailliert offenlegen sollten. Für diesen Vorschlag und einige weitere Vorschläge braucht es jedoch die politische Zustimmung der Abgeordneten und entsprechende Abstimmungen zu Veränderungen am Abgeordneten-Statut im Plenum. Das Thema wird also die Agenda noch einige Zeit bestimmen.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-71889

Telefax: 030 227-76819

E-Mail: wk@helmutscholz.eu

Newsletter:

kurzelinks.de/khio

BUNDESTAG UND KOMMUNE

VON CHRISTIAN GÖRKE

Christian Görke wollte es genauer wissen

Im Mai hat die Bundesrepublik beschlossen, freiwillig auf Erdöl aus Russland zu verzichten. Auf Grund massiver Abhängigkeiten einiger EU-Staaten vor allem in Osteuropa, gilt das Embargo der EU nur für Öl über den Seeweg und nicht für Pipeline-Öl. Die Bundesrepublik hat sich selbstständig entschlossen auch auf Pipeline-Öl zu verzichten, dabei gab es z. B. bei der PCK-Raffinerie in Schwedt eine hundertprozentige Abhängigkeit von Öl aus Russland. Vielleicht ist der Bundesregierung diese Entscheidung deshalb so leicht gefallen, da die verbliebene Importmenge russischen Erdöls sich ausschließlich auf Ostdeutschland bezieht. Wie immer haben wir eine von westdeutschen Horizonten geprägte Regierung. Die Bundestagsdebatte am 15. Dezember 2022 zum Antrag der LINKEN: »PCK Schwedt Raffinerie retten und transformieren – Deindustrialisierung Ostdeutschlands verhindern«, und die Wortbeiträge von Michael Kellner, Parlamentari-

scher Staatssekretär (Grüne) sowie von weiteren Abgeordneten aus der Ampelkoalition zeigte, dass es hier mehr offene Fragen als Antworten seitens der Regierung gab. Ich habe mich dazu entschlossen, mir selber ein Bild zu machen. Meine Gespräche am 19. und 20. Dezember mit dem stellvertretenden Energieminister Kasachstans und dem Vorstandsvorsitzenden des staatlichen Ölunternehmens KasMunayGaz in Astana, verstärkten den Eindruck des zurückhaltenden Agierens der Bundesregierung bei der Versorgung des PCK mit kasachischem Öl. Bis zum Embargo-Beginn war nichts in trockenen Tüchern, obwohl die Kasachen fünf bis sechs Millionen Tonnen kasachisches Öl pro Jahr für Schwedt liefern würden. Zu den Lieferungen über den Hafen Rostock könnte mit kasachischem Öl nahezu eine Vollausslastung der PCK-Raffinerie erreicht werden und nicht nur 50 Prozent. Die Bundesregierung hat fahrlässig Zeit verschenkt und das zu Lasten des größten Raffineriestandortes in Ostdeutschland. Auch in der Sondersitzung des Ausschusses für Energie des Bundestages am 9.1., die die Linksfraktion einberufen hatte, konnte die Bundesregierung keine genauen Angaben machen, wann wie viel Öl nach Schwedt kommt.



Links: Asset Magauov, stellv. Energieminister
 Rechts: Christian Görke, MdB

Am 11.1. wurden vom Energieministerium in Kasachstan endlich Lieferungen angekündigt, allerdings erstmal nur ca. 20.000 Tonnen. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein! Dazu der Vergleich: rund 800.000 Tonnen bis eine Million Tonnen pro Monat kamen bisher aus Russland. Die Liefermenge soll auf insgesamt ca. 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr ausgebaut werden. Gemeinsam mit den Lieferungen über Rostock (fünf Millionen Tonnen) kommen dann insgesamt nur 6,2 Millionen Tonnen in Schwedt an. Und das bei einer maximalen Auslastung der Raffinerie von zwölf Millionen Tonnen pro Jahr. Wie viel aus Polen kommen soll, ist weiterhin unklar. Also ist immer noch deutlich zu wenig bestellt. Wie mir bereits auf meiner Reise bestätigt wurde, meldet Kasachstan ebenfalls, dass sie in einem Umfang von sechs bis sieben Millionen Tonnen liefern

könnten. Warum die Bundesregierung, die mit der Treuhandschaft über die Anteile von Rosneft an der PCK verfügt, dieses erhebliche Potenzial nach wie vor nicht ausschöpft und somit eine Vollausslastung der PCK gewährleistet, bleibt ein Rätsel. Auch bleibt rätselhaft und zeigt den energiepolitischen Irrflug des Wirtschaftsministeriums, warum die erst jetzt avisierten Teillieferungen nicht frühzeitig vor Beginn des Embargos am 1.1.2023 in trockenen Tüchern waren. Schließlich liegt der Vorschlag einer Alternativbelieferung mit sanktionsfreiem kasachischem Öl seit dem Frühsommer auf dem Tisch. Somit hätte die derzeitige Situation, dass mehrere Raffinerien in Deutschland auf dem halbtrockenen sitzen, frühzeitig verhindert werden können und müssen!

Kontakt:

Christian Görke, MdB

Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-78218

E-Mail: christian.goerke@bundestag.de

VON ISABELLE VANDRÉ

Die Wohngeldreform ist kein Krisenpaket für Mieter*innen

Sie ist bisher die einzige große Reform der Ampel-Regierung im Bereich Mietpolitik: die Wohngeldreform. Seit dem 1. Januar 2023 ist sie nun in Kraft, soll Antragsberechtigten bis zu 190 Euro mehr im Monat bringen, den Kreis der Berechtigten von bisher 600.000 auf 1,4 Millionen erweitern und Heizkosten kompensieren. Real gibt es aber sowohl Umsetzungsprobleme, als auch heftige Kritik am Wohngeld als solches. Grundkritik am Wohngeld ist, dass es zwar in der Not hilft und Haushalte entlastet, aber das Problem nicht in seiner Ursache bekämpft. Denn das Wohngeld subventioniert schlussendlich die Vermieter*innen. Wirklich entlasten würde Mieter*innen nur langfristig gesicherter, bezahlbarer Wohnraum. Deswegen reicht es nicht aus, nur das Wohngeld zu reformieren. Was es stattdessen gebraucht hätte, wäre ein echtes Krisenpaket für Mieter*innen,

das effektiv vor Kündigungen und Zwangsräumungen schützt, Indexmieten verbietet und Mieten, Strom und Gas deckelt. Auch wenn diese Maßnahmen rechtswirksam nur durch den Bundestag beschlossen werden könnten, streiten wir als LINKE im Land für Selbstverpflichtungen von Wohnungsunternehmen bzw. fordern dies in den Kommunen gegenüber den Kommunalen Unternehmen ein.

Auch die aktuelle Wohngeldreform führt zu Problemen. So kritisierte Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag vor allem, dass mit der Reform die Wohnkostenbelastung mit 40 Prozent des Einkommens zum Maßstab erhoben worden sei. Das verstieße gegen die Grundfesten unseres Sozialstaates, da es lange Zeit eine Art ungeschriebenes Gesetz gewesen sei, dass niemand mehr als 30 Prozent des Einkommens für eine Wohnung zahlen sollte. Hinzu kommt, dass die Höhe des Wohngeldes nach wie vor kleingerechnet werden würde. Denn statt alle Mieten in die Berechnung einzubeziehen, werden lediglich die



LANDTAG UND KOMMUNE

Wohngeld-Haushalte zur Grundlage genommen. Ein Punkt, den selbst die CDU kritisierte. Im Ergebnis hatten die neuen Berechnungsgrundlagen der Reform allerdings zur Folge, dass die Wohngeldstufen bundesweit in 187 Kommunen und Gemeinden herabgestuft wurden. Dazu zählt leider auch der gesamte Kreis Teltow-Fläming. Als würde das noch nicht ausreichen: auch in der Beantragung hakt es in nahezu allen Wohngeldstellen

in Brandenburg, weil die Mitarbeiter*innen schlicht nicht mit der Antragsbearbeitung hinterherkommen. Es wird daher wohl noch Wochen, wenn nicht sogar Monate dauern, bis alle Anträge abgearbeitet sind. Zumindest eine Forderung des Deutschen Mieterbundes hat es nun allerdings noch zur Umsetzung geschafft: ausschlaggebend für das Datum der Mittelauszahlung ist die Beantragung, nicht die Erstellung des endgültigen Bescheids. Zudem ist es möglich, dass Wohngeldstellen einen geschätzten Abschlag bezahlen, wenn sich abzeichnet, dass die Bearbeitungsdauer länger ist.

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 966-1533
E-Mail: isabelle.vandred@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: facebook.com/isabelle.vandred



Lützerath – eine grüne Offenbarung.

Januar 2023 – Die Räumung Lützeraths, für den Energiekonzern RWE, wird umgesetzt.

Ab 2006 haben die Einwohner*innen ihre Grundstücke an RWE verkauft. Die Räumung betraf schließlich Klima- und Umweltaktivist*innen, sowie Politiker*innen der LINKEN, die sich mit ihrer Anwesenheit gegen die Kohleabbagerung einsetzten.

Rechtlich ist die Räumung zwar korrekt, aber passt die Entscheidung auch zur Zukunft?

Die Grünen, die den Kohleausstieg bis 2030 fordern und in NRW seit 1995 (mit kurzen Ausnahmen) mitregieren, hätten den Verkauf Lützeraths revidieren müssen. Im bestehenden

Tagebau liegt so viel Kohle, dass bis 2023 die Versorgung der Kraftwerke sicher ist. Dies bestätigt eine Studie von Aurora Energy Research.

Nicht erst seit kurzem propagieren die Grünen bekanntlich lautstark den Kohleausstieg und die Energiewende. In NRW hätten sie die Chance gehabt ihre Forderungen in die Tat umzusetzen und statt dem Kohleabbau den Naturschutz voranzutreiben. Stattdessen ordnen sich die Grünen dem Willen der Energie-lobby unter und unterscheiden sich in keiner Weise von CDU/FDP/SPD. Der Ausbau erneuerbarer Energien und Forschung in Speichertechnologien hätte auch in NRW schon lange, schneller, vorangetrieben werden müssen. Allein Biogas hat nicht einmal ein Fünftel seiner möglichen Kapazität in Deutschland erreicht. Hätten diese Investitionen rechtzeitig stattgefunden, bräuchten die Grünen ihr Versagen nicht hinter der aktuellen Weltpolitik zu verstecken. Nach deren Aussagen bräuchte man die Kohle, um der aktuellen Energieknappheit zu begegnen. Allein dieses Argument ist, mit einem Blick auf die aktuellen Gaspreise, ein Hohn. Die Einkaufs-



preise am europäischen Gasmarkt liegen unter denen von Februar 2022, was genug über die Verfügbarkeit von Gas auf dem Markt aussagt, und die Verbraucher*innen hierzulande zahlen immer noch den drei- bis vierfachen Preis für Strom und Energie.

Spätestens Lützerath beweist, die Grünen wollen um jeden Preis regieren. Dafür werden auch gerne

die Umwelt, das Klima und der Pazifismus (Thema Waffenlieferungen) geopfert. Echter Klimaschutz funktioniert nur, wenn man sich mit den Großkonzernen auch anlegen will und dafür gibt es nur eine Partei, DIE LINKE!

Tobias Lübbert,
Linksjugend ['solid],
Teltow-Fläming

Kontakt:

Interessierte können zu uns per E-Mail Kontakt aufnehmen über:
teltow-flaeming@ljsbb.de

Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Wie jedes Jahr fand am zweiten Sonntag im Januar die Ehrung für die Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt. In diesem Jahr fiel der Tag des Gedenkens auf den 104. Jahrestag der Ermordung von Karl und Rosa am 15. Januar 1919 durch reaktionäre Freikorps-soldaten. Zu diesem Jahrestag lässt es sich trefflich mit Positionen und Überzeugungen wie langfristigen Wirkungen der Lehren von Karl und Rosa beschäftigen. Denn neben den vielen Impulsen für eine linke, revolutionäre Bewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts stand für die beiden ein Punkt stets im Mittelpunkt: der Kampf für Frieden, gegen Krieg und die damit verbundene Aufrüstung. Könnte heute, ein Jahr nach der Februar-Aggression Putins gegen die Ukraine, ein Thema aktueller sein? Diesem Gedanken verbunden fühlten sich offenbar tausende Menschen an diesem Sonntag. So fanden sich insbesondere viele junge Gesichter im bunten Demonstrationszug, der zum Abschluss seiner Route die Gedenkstätte der Sozialisten

in Berlin-Friedrichsfelde mit den Gräbern von Luxemburg und Liebknecht erreichte. Auch aus unserem Kreisverband waren Vertreter*innen vor Ort und legten Blumen in Erinnerung an die Toten nieder. Für uns gehört auch der Besuch an der Gedenktafel von Werner Lamberz zum Gedenken dazu. 1929 als Sohn einer kommunistischen Arbeiterfamilie in Mayen/Rheinpfalz geboren, wollen die Nationalsozialisten den 12-jährigen Lamberz in der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) umerziehen. Mit wenig Erfolg. Kurz nach Ende des Krieges siedelte er zu seinem Vater nach Luckenwalde über. Er lernte Heizungsmonteur und war immer stolz darauf, die Heizungsanlage im Rathaus Luckenwalde installiert zu haben. Seine politische Karriere verläuft schnell und steil. Ab Mitte der 1970er Jahre setzt Honecker seinen sprachbegabten Chef-Ideologen als persönlichen Botschafter im Ausland ein. In wirtschaftspolitischen Missionen bereist er Angola, Kongo, Nigeria, Sambia, Südjemen, Äthiopien und Lybien. Es geht um

Kaffee und Technik, aber auch um die Lieferung von Waffen. Auf einer dieser Reisen stirbt Werner Lamberz 1978 bei einem Hubschrauberabsturz. Offiziell ein Unfall, doch die

genaue Ursache des Unglücks bleibt bis heute ungeklärt.

Manfred Thier, Luckenwalde



Fotos: F. Thier

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Teltow-Fläming

Der 27. Januar wurde 1996 durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zum »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« erklärt und 2005 durch die Vereinten Nationen zum »Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust«. Am 27. Januar 1945 hatten die sowjetischen Streitkräfte, die Rote Armee, das nationalsozialistische Konzentration- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit. 2006, zum ersten weltweiten Internationalen Holocaust-Gedenktag, sagte UN-Generalsekretär Kofi Annan: »Die einzigartige Tragödie des Holocaust lässt sich nicht rückgängig machen. Die Erinnerung daran muss mit Scham und Entsetzen wachgehalten werden, solange die menschliche Erinnerung währt.«

Die Erinnerung daran muss mit Scham und Entsetzen wachgehalten werden, solange die menschliche Erinnerung währt.«

Die Redaktion



In **Jüterbog** hat DIE LINKE die vorhandenen Stolpersteine geputzt und an die Verbrechen erinnert.



In **Luckenwalde** wurden an den Gedenkstätten Blumen niedergelegt und damit ein Zeichen der stillen Erinnerung gesetzt. Fotos: privat

In **Ludwigsfelde** wurde der Opfer des Faschismus ebenfalls gedacht und Blumen abgelegt.



Solidarität kennt keine Grenzen

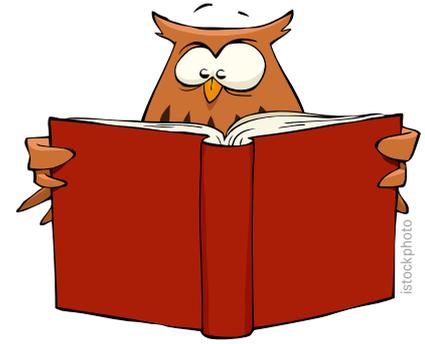
Die Herausforderungen in den letzten beiden Jahren waren in allen Lebensbereichen groß. Wir konnten uns nicht treffen, die traditionellen Höhepunkte in allen Bereichen, besonders unsere Kinderfeste oder auch die Senior*innenarbeit, nicht in gewohntem Maße durchführen. Aber alle haben alles gegeben. Wir haben uns mit viel Kraftanstrengung und der uneigennütigen Hilfe vieler Menschen etwas einfallen lassen: Unsere jungen und älteren Männer sind als kostümierte Osterhasen mit mir in alle Kindereinrichtungen Jüterbogs gehoppelt und haben Osternester versteckt – zur Freude der Kinder und der Erzieher*innen. 2021 konnte unser traditionelles Zuckertütenfest nicht stattfinden. Aber auf eine Schultüte mussten die Schulanfänger*innen dennoch nicht verzichten: wir haben Gutscheine in die KITAS gebracht und damit konnten sich die ABC- Schütz*innen bei uns im Bürgerbüro »ihre« Zuckertüte abholen – liebevoll gepackt und durch Spenden finanziert. 2022 fiel »Petzi's Kinderland«, die von Beginn an einer der Hauptakteure waren, komplett aus. Wieder war Improvisation angesagt. Ich habe mir die Finger wund telefoniert, um Ersatz zu finden. Ich habe sehr viele Menschen, die ich kannte, einfach angesprochen und für die Kinder von Jüterbog und Umgebung um Hilfe gebeten. Ich bin bis heute berührt, wie riesig die Bereitschaft war zu helfen. Selbstlose Zusagen vieler Menschen, die nicht wollten, dass das Fest ausfallen muss, haben mich beeindruckt und glücklich gemacht. Fast alle meine Nachbar*innen waren dabei, ich habe alle möglichen Leute angerufen oder auf der Straße angesprochen. Carolin hatte gerade entbunden und hat zwischen dem Stillen ihres Babys Luftballons in Tiere verwandelt und ist auch noch für einige Zeit in den Park gekommen. Es war einfach alles toll und diese Hilfsbereitschaft hat uns überwältigt. Für all das wollte ich mich bedanken und wir haben alle Helfer*innen und unsere Senior*innen mit ihren Partner*innen zu einer kleinen Dankeschön-Veranstaltung zum Abschluss des Jahres 2022 eingeladen. Tobias Bank, der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, war schon mehrmals bei unseren Kinderfesten dabei und ist als Osterhase mit durch Jüterbog gehoppelt. Und er hat es sich nicht nehmen lassen, zu uns ins Bergschlösschen zu kommen. Die Spendenbereitschaft war an diesem Abend groß, so dass wir Materialien für die Kinderfeste in diesem und nächsten Jahr einkaufen konnten. Und unsere Ilona von Petzi's Kinderland war nach einer OP ihre Krücken los und kam prompt mit ihren KITA-Kindern zum Singen vorbei. Dafür vielen lieben Dank!

Maritta Böttcher und alle Initiator*innen, Jüterbog



Impressionen von unserem gemütlichen Nachmittag; Fotos: privat

LESEULE



Trauen wir uns, Mensch zu sein? Juli Zeh »Über Menschen«

Dora ist mit ihrer kleinen Hündin aufs Land gezogen. Sie musste dringend raus aus der Stadt, auch wenn sie nicht genau weiß, wovor sie auf der Flucht ist. Großstadt, Lockdown, stressiger Job, ein übereifriger Freund, dazu Donald Trump, Brexit und Rechtspopulismus – Wann ist die Welt eigentlich dermaßen durcheinandergeraten? Dass Bracken, dieses kleine Dorf im brandenburgischen Nirgendwo, nicht die ländliche Idylle ist, von der manche Städter träumen, war Dora klar. Alle haben sie vor der Provinz gewarnt. Jetzt sitzt sie trotzdem hier, in einem alten Haus auf einem verwilderten Grundstück, mit einem kahlrasierten Nachbarn hinter der Gartenmauer, der sämtlichen Vorurteilen zu entsprechen scheint. Doch dann passieren Dinge, die ihr Weltbild ins Wanken bringen. Sie trifft Menschen, die in kein Raster passen und steht vor einer Herausforderung, die Antwort auf die große Frage verlangt, worauf es im Leben eigentlich ankommt.

Juli Zehs neuer großer Roman erzählt von unserer unmittelbaren Gegenwart und den Menschen, die sie hervorbringt. Von ihren Befangenheiten, Schwächen und Ängsten. Und von ihren Stärken, die zum Vorschein kommen, wenn sie sich trauen, Mensch zu sein.

Juli Zeh, 1974 in Bonn geboren, Jurastudium in Passau und Leipzig, Studium des Europa- und Völkerrechts, Promotion. 2018 wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Im selben Jahr wurde sie zur Richterin am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg gewählt.

Maritta Böttcher, Jüterbog



Juli Zeh
Über Menschen
Roman

gebunden, 416 Seiten,
Luchterhand Literaturverlag,
22,00 Euro
ISBN 978-3-630-87667-2

Die AG Senior*innen berichtet

Im Land Brandenburg leben heute laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg über 562.000 Menschen, die älter als 65 Jahre sind. Mehr als 61 Prozent der Mitglieder unserer Partei gehören dieser Altersgruppe an. Grund genug für uns, sich dieser Gruppe zu widmen, denn viele Ältere sind noch aktiv und wollen »mitmachen«, andere jedoch brauchen unsere Fürsorge und Hinwendung. Es entstanden Arbeitsgemeinschaften für Senior*innenarbeit, angefangen vom Bund, Land bis hinunter in die Basisorganisationen, die sich den älteren Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten annehmen wollen.

Auch in unserem Kreisverband Teltow-Fläming gibt es eine AG Senior*innen, die ins Gespräch mit den älteren Genossinnen und Genossen kommen und bleiben möchte.

Bei dieser Aufgabe geht es sowohl um den Kontakt zur Landesebene als auch zur Basis, denn wir, das ist der AG-Vorstand Monika Nestler, Angelika Linke und Sabine Schütte, sowie weitere Mitglieder der AG möchten mit allen in Kontakt kommen, die interessiert sind. Vertieft werden soll auch die Bindung zu den Senioren- und Behindertenbeiräten, die eine wichtige Aufgabe bei der Betreuung von älteren Menschen wahrnehmen.

Möglich werden sollen neben Betreuungsaufgaben natürlich auch Veranstaltungen zu politischen Themen, historischen Ereignissen und

kulturellen Höhepunkten, die den älteren Genossinnen und Genossen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, auch wenn sie nicht mehr mobil und gut zu Fuß sind. Hier wären Patenschaften hilfreich.

Mindestens sechs Treffen an verschiedenen Orten haben nun schon stattgefunden, bei denen die AG Senior*innen Ideen und Vorschläge für ihre Arbeit im Kreisverband Teltow-Fläming entwickelt hat oder Vertreter*innen der Landesarbeitsgemeinschaft ihre Vorstellungen darlegten. Beständig soll u. a. erreicht werden, »dass die Lebensleistungen der älteren Generation respektiert werden und jegliche Diskriminierung aus Altersgründen unterbleibt ... dass in allen Regionen des Landes Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine aktive und andauernde Teilhabe von Senior*innen am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und bürgerschaftlichem Leben ermöglichen und befördern«.

In unserem Kreisverband wird beispielsweise die beliebte Reihe Begegnungen »Jung trifft Alt« weitergeführt und in unserer Parteizeitung Linksblick veröffentlicht. Junge Mitglieder unserer Partei interviewen ältere, die aus ihrem langen und interessanten Leben unter dieser Rubrik berichten können und so die junge Generation von ihren Erfahrungen profitieren kann.

Konsequent wollen wir die Eintritts-



Treffen der AG Senior*innen unseres Kreisverbandes in Dahme/Mark; Foto: privat

daten aller Mitstreiterinnen und Mitstreiter in unsere Partei oder eine ihrer Vorgängerinnen pflegen, um dann langjährige Mitgliedschaften ehren zu können. Dazu sollte in allen Basisorganisationen geforscht werden.

Am 26.1. fand ein Treffen in Dahme/Mark statt, an dem sich AG-Mitglieder aus Luckenwalde, Jüterbog und Nuthe-Urstromtal mit Interessierten aus Dahme/Mark getroffen haben, um ihre Ideen zu besprechen oder Wünsche entgegenzunehmen, damit die Senior*innenarbeit aktiviert werden kann. Monika Nestler informierte u. a. darüber, dass alle Basisgruppen in einem Schreiben darüber unterrichtet wurden, dass es eine AG und damit Ansprechpartner für den Bereich »Linke Seniorenarbeit« gibt und es wurde gebeten, der AG weitere Ansprechpartner*innen aus

den Basisorganisationen mitzuteilen. Der Rücklauf dazu ist momentan leider noch gering.

Jedoch der Anfang für eine erfolgreiche Senior*innenarbeit ist gemacht. Kommen wir ins Gespräch miteinander, tauschen wir Ideen und Wünsche aus und freuen wir uns auf ein gemeinsames und aktives Miteinander, egal ob jung oder alt ... Janine Wissler, Parteivorsitzende: »Sozialer Zusammenhalt heißt auch solidarischer Umgang der Generationen. Gemeinsam können wir Orte der Begegnung, des Zusammenseins, des voneinander Lernens, der Kultur und des Vergnügens schaffen.«

In diesem Sinne wollen wir als Arbeitsgruppe für Senior*innen auch in unserem Landkreis aktiv werden.

Sabine Schütte, Jüterbog

Verjüngung in Rangsdorf

Immer wieder beschäftigt nicht nur in Rangsdorf die Frage, wie können wir uns besser in der Öffentlichkeit präsentieren. Die Nutzung der neuen Medien lag bei uns in der Basisorganisation (BO) lange Zeit brach. Seit September vergangenen Jahres ist durch den Eintritt eines neuen Mitgliedes in die Partei richtig Schwung in die Öffentlichkeitsarbeit gekommen. Unser neues Mitglied ist gerade 16 Jahre alt geworden und somit mit dem Internet aufgewachsen. Obwohl natürlich auch wir Älteren Mails, WhatsApp, Instagram und ähnliche Kommunikationskanäle nutzen, ist es wirklich schön, ein so junges und engagiertes Mitglied bei uns zu haben, das die neuen

Medien so selbstverständlich und schnell mit unseren Informationen einsetzen kann. Der Gewinn liegt auf der Hand – wir werden deutlich besser wahrgenommen.

In der langfristigen Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr, nutzen wir aber auch den guten alten Flyer, den wir gerade erstellen. Wir wollen über die Arbeit und Ergebnisse der Tätigkeit der Abgeordneten der LINKEN in der Gemeindevertretung berichten und somit auf die Wirksamkeit des Engagements der Fraktion aufmerksam machen. Im Flyer soll es auch um anstehende Probleme in der Gemeinde gehen und welche Lösungswege wir sehen. Und auch hier macht es richtig Spaß,

mit unserem jungen Genossen über die Themenfelder zu diskutieren. Er bringt viele interessante Gedanken ein, die Anlass für das Überdenken der eigenen Positionen sind und durchaus zu kontroversen Diskussionen führen. Insbesondere die Fragen des öffentlichen Nahverkehrs sind für einen 16-Jährigen noch unmittelbarer von Interesse als für uns andere, die wir Wege auch mit dem Auto zurücklegen können. Die Fraktionsitzungen, an denen wir als Vorstand unserer BO teilnehmen, um sowohl den Kontakt zu unseren Abgeordneten aufrecht zu erhalten als auch unsere Positionen einzubringen, sind durch die Teilnahme unseres jüngsten Mitgliedes deut-

lich lebendiger geworden und gehen über die eigentliche Frage auch mal hinaus.

Petra Wolf-Valerius, BO Rangsdorf



BO-Vorsitzende in Rangsdorf: P. Wolf-Valerius; Foto: privat

Neue LINKE Mitmach-Angebote im Linkstreff Ludwigsfelde

Unser Linkstreff in Ludwigsfelde, Maxim-Gorki-Straße 10, soll voller Aktivitäten sein. Wir wollen nicht nur unsere Genossinnen und Genossen mit einbeziehen, sondern auch mit allen, die uns gewogen sind, ins Gespräch kommen: zwischen Diskussionen »ganz links« und vertrauten Gesprächen »sehr persönlich« ist alles gewünscht und möglich.

LINKEr Seniorentreff: jeden ersten Dienstag im Monat ab 10 Uhr. Gleich beim ersten Treffen machten uns neun Seniorinnen und Senioren die Freude, sich mit uns auszutauschen. Einige von ihnen sind viel zu oft allein. Bei Tee, Kaffee und Gebäck fühlten sich alle wohl. Geplant ist, interessante Gäste einzuladen, die zu verschiedenen Themen mit uns diskutieren.

LINKEs Frühstück: jeden dritten Samstag im Monat ab 9.30 Uhr. Voller Vorfreude trafen sich 14 Teilnehmer*innen und es war eine



großartige Stimmung am gut gedeckten Tisch, es wurde nicht nur gegessen, sondern viel gelacht und geschwätzt. Eine Genossin las aus Schreiben ihrer Schulzeit vor, es wurde sich ausgetauscht und die Gespräche wollten kein Ende nehmen. Wichtig ist, sich für diesen

Termin unbedingt anzumelden (es wäre ja schade, wenn der Kaffee und die Brötchen nicht reichen). Also - herzlich willkommen auch zu diesen LINKEn Angeboten, wir freuen uns auf Euch.

Angelika Linke, Ludwigsfelde

Die »Küche für alle« ging in Luckenwalde an den Start



Steigende Kosten in allen Lebensbereichen sind für viele Menschen nicht mehr zu bewältigen. Angesichts der enorm gestiegenen Lebensmittelpreise in den zurückliegenden Monaten wollten wir als LINKE in Luckenwalde nicht tatenlos zuschauen. Einige Tafeln müssen stellenweise einen Aufnahmestopp verhängen, weil ein gleichbleibendes - oder teilweise sinkendes - Angebot auf eine steigende Nachfrage trifft.

Deshalb haben wir am 30. Januar in unserer LINKEN-Geschäftsstel-

le in Luckenwalde in der Zeit von 18 bis 19.30 Uhr ein kostenfreies Abendessen für alle angeboten. Jeder Mensch, der Hunger hatte oder einfach nur Gesellschaft wollte, war herzlich willkommen.

Die Krise trifft viele Menschen sehr hart. Und bei weitem nicht nur die Ärmsten der Gesellschaft, sondern auch große Teile der Mittelschicht, die nun durch Energie- und Preiskrise immer weiter abzurutschen droht. Wir können diesen gesamtgesellschaftlichen Prozess hier in Luckenwalde zwar nicht aufhalten, aber wir können uns um diese Leute kümmern und versuchen, das Leid zu lindern. Aus diesem Grund wollen wir das Angebot verstetigen und einmal im Monat vorhalten.

Als DIE LINKE betonen wir seit Längerem vehement, dass es nun dringend von Seiten der SPD-Grüne-FDP-Bundesregierung eine Aussetzung der Mehrwertsteuer auf alle Grundnahrungsmittel braucht - Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben! Ganze gesellschaftliche Schichten und Familien mit einem geringen Ein-

kommen benötigen in dieser Hinsicht eine deutliche Entlastung.

Martin Zeiler, Luckenwalde



Wir packens an e. V.

GLS Bank
IBAN
DE03 4306 0967 1059 2396 00
BIC GENODEM1GLS

Betreff

»Die Linke Teltow-Fläming«
Ebenfalls am besten in den Betreff die eigene Adresse eintragen - das ermöglicht eine Spendenbescheinigung!

Infos zu dem Verein:

www.wir-packens-an.info

Bericht von deren letzter Aktion:

<https://kurzelinks.de/anp8>

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

KV & KT-Fraktion vor Ort
25.2.2023, 9.30 Uhr
Campus Werbig

LINKEr Seniorentreff
7.3.2023, 10 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Straße 10

Frauentagsfeiern
8.3.2023, 15 Uhr
- DIE LINKE. TF Süd
Große Straße 62, Jüterbog
- Linkstreff Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10

Linkstreff
9.3.2023, 18 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Straße 10

NEIN ZUM KRIEG
Friedenskundgebung
11.3.2023, 15 Uhr
Marktplatz Jüterbog

Beratung Redaktion Linksblick
15.3.2023, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
15.3.2023, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Roter Treff mit Anita Tack
17.3.2023, 17 Uhr
DIE LINKE.TF Süd
Große Straße 62, Jüterbog

LINKEs Frühstück
18.3.2023, 9.30 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Straße 10

Party Linksjugend [solid]
1. 4.2023, 18 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Straße 10

LINKEr Seniorentreff
4. 4.2023, 10 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Straße 10

Osterhasenfest
8.4.2023, 10-13 Uhr
Schlosspark Jüterbog

Linkstreff
13. 4.2023, 18 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Straße 10

LINKEs Frühstück
15.4.2023, 9.30 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Straße 10

Aktivengruppe Nord
17.4.2023, 18 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Straße 10

DIE LINKE. Teltow-Fläming **VOR ORT UND IM NETZ:**

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@
dielinke-teltow-flaeming.de
dielinke-tf-süd.de

14974 Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:

dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

Papier sparen?

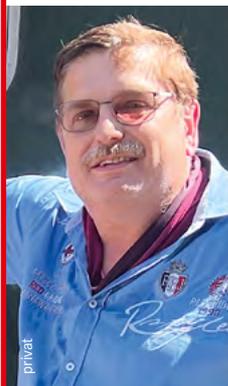
**Bestellen Sie den
Linksblick online
und erhalten Sie
ihn zukünftig per
E-Mail:
kurzelinks.de/vvon**



Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-tf.de
Redaktionsschluss: 30. Januar 2023
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.700, Februar 2023
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

VORGESTELLT:



Einer von uns

Michael Ebell

geboren am 24.7.1959 in Berlin. Nach dem Studium zum Forstingenieur zog es ihn 1985 nach Baruth/Mark. Er ist verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn. Seit 2016 leitet er die Hoheitsoberförsterei Jüterbog des Landesbetriebs Forst Brandenburg. Seit 2004 ist er Stadtverordneter der Stadt Baruth/Mark und Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. 2019 wurde er zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Als Förster setzt er sich im Stadtparlament für den Wald sowie für nachhaltiges Denken und Handeln ein.

Was ist für dich links?

Sich für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit in der Realpolitik stark zu machen. Sich dabei gegen jegliche Diskriminierung, Nationalismus und Antisemitismus zu positionieren.

Was regt dich auf?

Jedwede Art von Kriegen, soziale Ungerechtigkeiten, die sich immer weiter öffnende Schere zwischen arm und reich, Rechtsextremismus und Rassismus sowie der weltweit immer stärker werdende Neoliberalismus.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Die Kriegstreiberei so mancher Politiker und Medien in Deutschland. Ich verstehe einfach nicht warum vor allem deutsche Politiker meinen, die Ukraine könnte mit immer mehr Waffenlieferungen die Atommacht Russland besiegen. Wer das wirklich glaubt, ist entweder naiv und lebensmüde oder verantwortungslos gegenüber den Menschen in ganz Europa. Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Verbrechen! Der wird aber nicht beendet durch immer weitere Eskalationen, sondern durch Zwang zu Verhandlungen. Wo soll das sonst enden?

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich lebe gerne in Deutschland, weil es meine Heimat ist, obwohl es gestern und heute viele Ungerechtigkeiten gab und gibt. Es gibt keine perfekte Welt, aber es lohnt sich, sich für eine gerechtere Welt täglich einzusetzen. Jeder kann etwas dazu beitragen, so lange er nicht nur an sich selbst denkt.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ehrlichkeit, Offenheit, Zuverlässigkeit und das Stehen zu seinem Wort. Vor allem aber nicht ständig meckern und darüber reden was sich ändern müsste, sondern selbst mit anpacken. Meine Hochachtung gilt den vielen Ehrenamtlichen die dafür sorgen, dass Menschen in Not geholfen wird.

Wie sollte Baruth/Mark in zehn Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Baruth/Mark? Anders gesagt: wovon träumst du?

Erhalt und Weiterentwicklung unseres Holzkompetenzzentrums und Industriestandortes zu einem nachhaltigen, energieautarken Standort. Bessere Anbindung an den ÖPNV und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Stadtgebiet zur nachhaltigen Sicherung von Arbeitsplätzen in Baruth/Mark. Beschleunigung des Ausbaus des Gleisanschlusses des Industriegebiets Bernhardsmüh zur Verlagerung des LKW-Verkehrs soweit wie möglich auf die Schiene und der damit verbundenen Entlastung der Verkehrsbelastung im Stadtgebiet. Gemeinsam mit den Betrieben am Standort Bernhardsmüh die Stadt energieautark zu machen. Wertschätzung unseres hohen Waldanteils als Bestandteil des Klimaschutzes, denn der Wald ist CO₂-Speicher und in ihm wächst der nachhaltige Rohstoff Holz, welcher für die Steuerkraft der Stadt Baruth/Mark von entscheidender Bedeutung ist.

Was bedeuten dir Kunst und Kultur?

Kunst und Kultur sind wichtig für das soziale Zusammenleben der Menschen. Das haben wir besonders während der Corona-Pandemie gemerkt. Deshalb unterstütze ich Kunst und Kultur im Rahmen meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Stadtstiftung Baruth.

Ausstellung im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin

Am 15. Januar fand die Ausstellungseröffnung »Karl Liebkecht in Zeit und Bild« mit Dr. Gesine Löttsch, MdB, DIE LINKE und Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE und Kurator, statt.

Bedeutende Gäste bei der Eröffnung waren Maja Karlana und Marianne Liebkecht, die beiden Enkelinnen von Karl Liebkecht.

Manfred Thier, Luckenwalde



Die beiden Enkelinnen von Karl Liebkecht (links und rechts) im Gespräch mit Gästen vor der Ausstellungseröffnung; Foto: M. Thier